



MINISTERGESPRÄCH

GdP bei Innenminister Zuber

Die GdP startet eine Ausbildungsplatzinitiative bei der Polizei, es gibt im Mai einige zusätzliche Beförderungen, die Altersteilzeit geht weiter und für Tarifbeschäftigte öffnen sich Aufstiegs- und Qualifizierungsmöglichkeiten. Die GdP zieht mit diesen Schwerpunkten eine positive Bilanz aus dem Gespräch mit Innenminister Zuber.

■ Erfolg Nr. 1: Mehr Ausbildungsstellen!

Landesvorsitzender Ernst Scharbach forderte die Einrichtung von Ausbildungsplätzen in der Verwaltung und in Werkstätten. Walter Zuber begrüßte die Initiative ausdrücklich und beauftragte die Polizeiabteilung, jede Möglichkeit zu nutzen, um Ausbildungsplätze in der Polizei zu schaffen.

■ Erfolg Nr. 2: Altersteilzeit geht weiter

Der Stopp für Altersteilzeit (ATZ) wird aufgehoben. Aller-

dings begrenzt Minister Zuber die Höchstzahl auf 150 in Altersteilzeit befindliche Beamtinnen und Beamten und beschränkt die individuelle Dauer von Altersteilzeit auf vier Jahre.

■ Erfolg Nr. 3: Bessere Chancen für Tarifbeschäftigte

Auf Grund des Angestelltenprogramms wurden 2004 insgesamt 31 Hebungen nach BAT II bis BAT V (inkl. Bewährungsaufstiege) vom Finanzministerium genehmigt, stellte Zuber dar. Annemarie Grindel erneuerte die Forderung, den Tarifbe-

schäftigten die Teilnahme an den Verwaltungsprüfungen I und II zu ermöglichen. Minister Zuber sagte zu, die Fortbildung zu unterstützen.

■ Erfolg Nr. 4: Zusätzliche Beförderungen

Nach sehr ausführlicher Diskussion konnte in den Verhandlungen erreicht werden:

- Der reguläre Bewährungsaufstieg wird wieder ab dem 45. Lebensjahr erfolgen
- Der erweiterte Bewährungsaufstieg wird mit 15% statt mit 10% quotiert
- Alle POK/KOK, die 1997 die FH absolvierten, können zum PHK/KHK befördert werden
- Alle PR/KR aus 1999 können zum Oberrat befördert werden

red.

Lebensarbeitszeitverlängerung



Der § 208 LBG wird weiter kontrovers diskutiert. Im Gespräch mit den Vertretern des Innenministeriums bezog sich Heinz Werner Gabler (Foto) noch einmal auf die bereits bekannten Knackpunkte: Die 25-Jahre-Regelung wirkt wie ein Fallbeil, die Härtefall-Regelung trifft nur die, denen maximal ein Jahr fehlt, die Trennung in Laufbahngruppen ist nicht nachvollziehbar, das Landesrecht bricht Bundesrecht, da die Übergangsfristen für die Ru-

hegehaltstauglichkeit der Polizeizulage überschritten werden und die Kriterien Wechselschichtdienst, SEK, MEK und PolHubSt gehen an den Lebensrealitäten der anderen Organisationseinheiten vorbei. Im Fokus hatte er auch die Regelung anderer Länder: „Die Gesetzgebung in NRW zeigt, dass dort die von uns schon vielfach kritisierten Probleme anders geregelt wurden“.

Für die GdP überraschend kam es zu einem sehr offenen und sachlichen Austausch der Argumente, auch der juristischen Feinheiten. Minister Zuber sagte zu, die Fragen im Lichte der Entscheidungen in NRW und in anderen Bundesländern erneut in seinem Hause prüfen zu lassen. Das ist ein erster Schritt in die richtige Richtung!

Die Diskussion geht auch vor Ort weiter. In Mayen diskutierte der GdP-Vorstand mit Heike

Raab, der SPD-Abgeordneten aus dem Wahlkreis. Frau Raab teilte mit, dass sie zur Problematik der Änderung des § 208 LBG zahlreiche Gespräche mit Fraktionskollegen geführt habe. Innenminister Walter Zuber habe ihr mitgeteilt, dass eine Veränderung kurzfristig nicht durchsetzbar sei. Zuerst wolle man Erfahrungen sammeln. Diese Phase dauere mindestens ein Jahr.

Zum 3. 4. 2004 jährt sich die Einführung der Lebensarbeitszeitverlängerung. Heinz-Werner Gabler: „Ich bin der Auffassung, dass wir weiterhin mit der Landesregierung und den Landtagsfraktionen bei diesem Thema im Gespräch bleiben müssen. Aber es geht wohl kein Weg dran vorbei, dass verfassungswidrige Elemente in den Rechtsregelungen letztlich nur im Klagewege festgestellt werden können und werden.“

HWG

AKTUELL IN DIESER AUSGABE

■ MINISTERGESPRÄCH Seiten 1 bis 3

Neue Ausbildungsplätze
Zusätzliche Beförderungen
Chancen für
Tarifbeschäftigte

■ KURZ UND KNACKIG Seite 4

Baumaßnahmen
Digitalfunk
Schutzwesten
Technik
Einsatz vor Sport

■ GdP VOR ORT Seite 5

Besuch in Trier und
Idar-Oberstein

■ AUS DEM HPRP Seite 6

Einigung auf Härtefall
für § 208

GdP und PSW im Internet:

<http://www.gdp-rp.de>
<http://www.psw-rp.de>
<http://www.psw-reisen.de>

E-Mail:

gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de
psw-rp@gdp-online.de
psw-reisen-rp@gdp-online.de

Optimierung Verbrechensbekämpfung

In Sachen Optimierung der Verbrechensbekämpfung erwartet das ISM schon bald vom Landtag Klarheit über das weitere Vor-



gehen. Derzeit beraten die Abgeordneten den Bericht

„Zukunft der Polizei“, der entsprechende Leitlinien enthält.

Für die GdP berichtete im Ministergespräch unser stellvertretender Landesvorsitzender Bernd Becker (Foto) über die Diskussion in den Behörden und Einrichtungen und die vielfältigen Beiträge aus Mitglieder- und Personalversammlungen, in denen die GdP den Meinungs-

austausch mit den Kolleginnen und Kollegen suchte: „Wir sind froh, dass der zeitliche Druck aus der Sache raus ist und insbesondere die Präsidien an der Diskussion intensiv beteiligt werden“. Er wiederholte die Kernforderungen der GdP: „Jede Änderung muss einen Nutzen für die Verbrechensbekämpfung bringen. Die Zahl der Kommissariate soll sich nach der Führungsspanne bemessen. Die Änderungen dürfen keine Nachteile bei der Bewertung der Stellen mit sich bringen und die Behörden müssen größere Flexibilität für regionale Besonderheiten erhalten!“

Abteilungsleiter Hanns-Peter Ludwig: „Der vom Landtag angeforderte Bericht wurde vorgelegt. Wir werden abwarten, welche Entscheidungen der Landtag treffen wird.“ Im Übrigen werde die GdP wie bisher in die Diskussion eingebunden. Er bedankte sich ausdrücklich für die fachlich hochstehende Begleitung durch die Gewerkschaft in Versammlungen und Seminaren. „Sie tragen damit sehr zur Versachlichung der Diskussionen bei“, meinte Ludwig. **BB**

Chancen für Tarifbeschäftigte



Das Finanzministerium hat für 2004 im Rahmen des von der GdP geforderten Angestelltenprogramms insgesamt 31 Stellenhebungen genehmigt. Im Gespräch mit Minister Zuber blieb allerdings offen, wie viele der Stellenhebungen auf tarifvertraglich unabweisbaren Bewährungsaufstiegen beruhen. Die stellvertretende Landesvorsitzende Annemarie Grindel (Foto) verwies auf die laufenden Tarifverhandlungen und die Absicht der Arbeitgeber, Eingruppierungen an formalisierte Ausbildung zu

koppeln. Eine entsprechende Qualifizierungsvoraussetzung wird derzeit im Landesdienst von Rheinland-Pfalz nicht gefordert. Grindel erneuerte die Forderung, den Tarifbeschäftigten die Teilnahme an den Verwaltungsprüfungen zu ermöglichen. Minister Zuber sagte zu, die Fortbildung hin zu Verwaltungsprüfung I und II zu unterstützen.

Personalreferent Dieter Täffler verwies darauf, dass Fortbildungswünsche mit Prüfungsteilnahme auch im Interesse des Dienstherrn liegen. **Gr**

POG verabschiedet

Minister Zuber stellte befriedigt fest, dass das Polizei- und Ordnungsbehördengesetz (POG) im Landtag eine breite Mehrheit von SPD, FDP und CDU fand. Bedauerlicherweise hätten die Grünen gegen das Gesetz gestimmt. Er lege großen Wert darauf, dass die Polizei sich auf eine breite politische Basis stützen könne.

Bernd Becker bedankte sich im Namen der GdP für die umfassende Möglichkeit der Beteiligung. Gerade die Vielzahl der Diskussionen und letztlich auch die Änderungen durch die Parlamentsfraktionen zeigten, dass hier die demokratische Gesetzgebung vorbildlich gelaufen sei. **ESch/TW**



Gut, dass es sie gibt.

Gewerkschaft der Polizei

ESch/TW

Mehr Personal nötig

Die GdP fordert mehr Ausbildungsstellen an der FH der Polizei. Der Etat für 2004 sieht nur 200 Polizeianwärter vor, die GdP will mindestens 250. Durch den Bericht „Zukunft der Polizei“ im Landtag verdeutlicht der Innenminister selbst die personelle Lage der Polizei anschaulich. Die GdP begrüßt die Analysen des Berichts, kommt aber zu weitergehenden Schlussfolgerungen und bleibt bei ihrer Berechnung von 10 000 Polizisten für Rheinland-Pfalz.

Zuber verweist auf die Haushaltslage und betont gegenüber der GdP seine Auffassung: „Der

Bogen darf nicht überspannt werden!“ Es gebe geradezu einen Wettlauf um Steuersenkungen und kaum einer bedenke dabei, dass der Staat seine Aufgaben auch finanzieren müsse. „Höchstens fünf Prozent der Bevölkerung sind nicht auf Leistungen des Staates angewiesen. Wir müssen uns aber um alle kümmern. Und dazu sind Steuereinnahmen wichtig und richtig!“ Endgültig ist über die Anhebung der Einstellungszahl für den 1. Mai 2004 noch nicht entschieden. Die GdP wird weitere Gespräche im Parlament führen.



Ausgabe:

Landesbezirk Rheinland-Pfalz

Geschäftsstelle:

Nikolaus-Kopernikus-Straße 15
55129 Mainz

Telefon (0 61 31) 96 00 90

Telefax (0 61 31) 9 60 09 99

Internet: <http://www.gdp-rp.de>

E-Mail: gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de

Redaktion:

Jürgen Moser (vi.S.d.P)

Polizeipräsidium Westpfalz

67621 Kaiserslautern

Telefon (06 31) 3 69 23 13

Telefax (06 31) 3 69 23 14

E-Mail: jmoser@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE

POLIZEILITERATUR GMBH

Forststraße 3a, 40721 Hilden

Telefon (02 11) 71 04-1 83

Telefax (02 11) 71 04-2 22

Anzeigenleiter: Michael Schwarz

Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 28

vom 01. 01. 2002

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG

DruckMedien

Marktweg 42-50, 47608 Geldern

Postfach 14 52, 47594 Geldern

Telefon (0 28 31) 3 96-0

Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6470

MINISTERGESPRÄCH

Altersteilzeit möglich Zur Bepo versetzt



Die Möglichkeit zur Beantragung von Altersteilzeit (ATZ) war bisher für Beamte auf den 31. Juli 2004 befristet. Bereits im Gespräch mit Minister Zuber im September 2003 hatte sich die GdP für die Fortführung stark gemacht. GdP-Vorsitzender Scharbach: „Gerade die Verlängerung der Lebensarbeitszeit spricht für die Fortführung der Altersteilzeit – nicht nur aus gesundheitlichen Gründen.“

Zuber berichtete von den Ergebnissen einer von ihm in Auftrag gegebenen Bund-Länder-Umfrage, die unterschiedliche Ergebnisse zeitigte. In Anbetracht

der Personallage bot er an, künftig Altersteilzeit in einer Höchstzahl von 150 in Altersteilzeit befindlichen Beamtinnen und Beamten zuzulassen. Die individuelle Dauer der ATZ werde auf vier Jahre beschränkt.

„Die bisher nicht genehmigten Altfälle sollten als Einzelfälle nochmals geprüft werden“, schlug Jöbi Barz (Foto) für die GdP vor. Heinz Werner Gabler ergänzte: „Die Zahl der freiwilligen Verlängerungen der Lebensarbeitszeit sollte in entsprechender Anzahl zu weiteren Genehmigungen der Altersteilzeit dienen.“

Beide Anregungen wurden von Minister Zuber positiv aufgegriffen. Er regte seinerseits an, dass die GdP im Gegenzug ihren Widerstand gegen die Verlängerung der Lebensarbeitszeit auf Antrag des Beamten aufgeben solle.

ESch/TW



In den prinzipiellen Fragen für die Personalplanung der Bereitschaftspolizei sind sich GdP und Innenminister Zuber einig: Alle Absolventen der FH werden nach der Ausbildung zur Bereitschaftspolizei kommen, die Einsatzfähigkeit der BePo muss auch bei höherer Fluktuation erhalten bleiben und in der Phase der Fußball-WM wird die BePo gestärkt.

Zu einem Knackpunkt der Planungen nahm Helmut Knerr (Foto) für die GdP Stellung: „Wir treten dafür ein, dass die Kolleginnen und Kollegen zur BePo versetzt und nicht nur abgeord-

net werden. Dies vermeidet viele absehbare Schwierigkeiten im Alltag.“ Ernst Scharbach assistierte: „Wir haben mit Polizeipräsidenten und Führungskräften aus dem Einsatzgeschehen gesprochen. Der Versetzung würde der Vorzug gegeben.“

Minister Zuber zeigt sich für den GdP-Vorschlag aufgeschlossen. Er legt aber Wert darauf, dass auf keinen Fall die angestrebte Bindung zwischen den jungen Polizistinnen und Polizisten und ihren Einstellungsbehörden untergraben werden darf. Es muss sicher sein, dass sie nach der Zeit bei der BePo alle wieder zu ihrem Einstellungspräsidium zurückkommen. Das will die GdP auch so.

„Wenn das geklärt ist, sehe ich die Unterscheidung zwischen Versetzungen und Abordnungen eher leidenschaftslos“, erklärte der Minister und wies die Polizeiabteilung an, die Möglichkeiten zur Versetzung erneut zu prüfen.

ESch/TW

GdP-Ausbildungsplatzinitiative

Die GdP will alle Hebel in Bewegung setzen, damit in allen Bereichen der Polizei zusätzliche Ausbildungsplätze geschaffen werden. Innenminister Zuber teilt die Sorgen der GdP um die Berufschancen der jungen Leute und unterstützt das Engagement. Aktuell haben zwei Azubis der ZPT ihre Ausbildung erfolgreich abgeschlossen.

Das nimmt GdP-Landesvorsitzender Ernst Scharbach zum Anlass, die Einrichtung von weiteren Ausbildungsplätzen auch in der Verwaltung und in den Werkstätten der Polizei zu fordern. Scharbach wies auf die deutlich erleichterten Voraussetzungen für die Durchführung der

Ausbildung und die Möglichkeiten der Verbundausbildung mit anderen Unternehmen hin.

Zuber begrüßte die Initiative ausdrücklich und beauftragte die Polizeiabteilung, jede Möglichkeit zu nutzen, um Ausbildungsplätze in der Polizei zu schaffen. Angesprochen auf angebliche Ausbildungsplatzhemmnisse äußerte Zuber: „Ich werde mich selbst darum kümmern, wenn es überzogene Forderungen der Kammern geben sollte. Wir müssen alle Anstrengungen unternehmen, um den jungen Menschen zu helfen!“ Ein Wehmutstropfen bleibt: Das Ministerium kann den Azubis keine Weiterbeschäftigungsgarantie nach

Abschluss der Lehre geben. Trotzdem ist der Einstieg in den Beruf ein wichtiger erster Schritt.

ESch/TW

Anzeige

Tauschgesuch

Polizeikommissarin z. A. aus Nordrhein-Westfalen sucht Tauschpartner aus Rheinland-Pfalz. Interessierte sollten den gleichen Dienstgrad haben.

Kontakt unter: 01 79-7 15 03 50

Anzeige

Neues Auto?

Günstige Konditionen
beim

Polizeisozialwerk
Rheinland-Pfalz GmbH

0 61 31 – 9 60 09 31

Kapitulation des Rechtsstaats?

Der Prozess gegen elf Hells Angels in Mainz wurde mit Haftstrafen zwischen 1,5 und acht Jahren abgeschlossen – zusammen 58 Jahre Haft. Die Straftaten gingen quer durch das Strafgesetzbuch (u. a. Waffen-, Menschen- und Drogenhandel, Erpressung und Einbrüche mit erheblicher Gewaltanwendung!). Vielerorts macht sich zum Ende des Prozesses Erleichterung breit. 80 Zeugen wurden gehört. Der Prozess dauerte 77 Tage. An allen Tagen musste die Mainzer Polizei massiven Objekt- und Personenschutz leisten. Mehr als eine Million € kostete das Verfahren, 15 000 € Kosten pro Tag, wobei die Personalkosten der Polizei nirgendwo auftauchen. Ca. elf Angeklagte brachten jeweils zwei, teils sogar drei Verteidiger mit. Das Gericht saß also mehr als 30 Personen gegenüber.

KOMMENTAR



Kapitulation des Rechtsstaates?

Die sehr schwierigen Ermittlungen der Kolleginnen und Kollegen dauerten Jahre. Zeugen und Ermittler waren einem hohen Gefährdungspotenzial für Leib und Leben ausgesetzt. In diesem Prozess kam der Rechtsstaat an seine Grenzen.

Wir können stolz darauf sein, dass der Staat mittellosen Angeklagten Rechtsanwälte als Pflichtverteidiger zur Seite stellt – und sie dementsprechend auch für den Angeklagten bezahlt. Hier konnte der geneigte Betrachter aber live miterleben, wie solche Rechte pervertieren können.

Es kam zu einem Deal zwischen Gericht, Staatsanwaltschaft und Verteidigung. Der Vorwurf, der die Hells Angels am meisten schmerzte, war die „Bildung einer kriminellen Vereinigung“. Nachdem dieser Anklagepunkt zurückgenommen wurde, akzeptierten die Angels selbst die hohen Haftstrafen. Der Grund ist einfach: Mit der Einstufung der Hells Angels als kriminelle Vereinigung hätte das Verbot der

ganzen Organisation auf der Tagesordnung gestanden. Daran wird nun (wieder) nichts! Der Vorsitzende des Landgerichts Mainz Richter Lorenz: „Der Gewinner der Einigung ist lediglich die Staatskasse!“ Wir Polizisten haben für diesen Handel kein Verständnis! Der Katalog der Straftaten ist so breit, wie die territoriale Ausdehnung der „Hoheitsgebiete“ der Angels. Wenn das keine kriminelle Vereinigung ist, dann gibt es auf der ganzen Welt keine. Ich fürchte, die Bedrohung durch die Organisierte Kriminalität wird immer noch – trotz aller Erkenntnisse aus den Strukturermittlungen – grob unterschätzt! Wenn auch keine Kapitulation – ein Sieg für den Rechtsstaat war es jedenfalls nicht. Euer Ernst Scharbach

■ Baumaßnahmen

Im Etat 2004 sind folgende Baumaßnahmen vorgesehen: Schadstoffsanierungen im PP Trier (2 Mio.), Ausbauten in der FH (12 Mio.), Umbauten in Wittlich (5,9 Mio.), Neustadt (1,8 Mio.) und Präsidium Westpfalz (7,7 Mio.). PI Mainz 3, PI Zweibrücken, PI Betzdorf und PAST Schweich sind in die weitere Planung aufgenommen. Bei den Schießständen wird nach Lösungen gesucht.

■ Digitalfunk

Reichlich zäh läuft die Umsetzung des Großprojektes Digitalfunk. Minister Zuber am 19. Februar 2004 zur GdP: „Ich bedauere sehr, dass immer noch keine Einigung über die Finanzierung des Digitalfunks getroffen wurde“. Die Ausschreibung wird derzeit vorbereitet.

■ Schutzwesten

Von 5467 angeforderten Schutzwesten werden dieses Jahr die letzten 1964 ausgeliefert, informierte Polizeibereichsleiter Hanns Peter Ludwig. Offenbar gibt es bei der Erfassung der Zahlen für die „operativen Dienste“ Unstimmigkeiten. Das wird auf Antrag der GdP geprüft. „Die Anschaffung der Schutzwesten war und ist ein erheblicher finanzieller Kraftakt“, betonte Minister Zuber. „Ich gehe davon aus, dass die Westen auch tatsächlich getragen werden!“

■ Technik

Ein weiterer Hubschrauber wird Mitte des Jahres in Betrieb genommen, die Wärmebildkamera werde folgen. Die Wapo kann ein Boot zur Generalüberholung geben, es wird auch einen neuen Motor bekommen. Sukzessive will das ISM das Projekt „Digitale Fotografie“ in der Polizei weiter voran treiben.

■ Einsatz vor Sport

Aufgrund der Kassenlage muss bei Kleidung gespart werden. Einsatzkleidung hat Vorrang. Die Neubeschaffung von Sportkleidung ist auf zwei Jahre ausgesetzt.

BEZIRKSGRUPPE BEREITSCHAFTSPOLIZEI



Die Delegierten und der amtierende Bezirksgruppenvorstand wählten bei der Bezirksgruppenkonferenz im März diesen Jahres den neuen Bezirksgruppenvorstand: Vorsitzender Achim Oehling, die Koll. Peter Busch und Alfried Cuidon wurden Stellvertreter. Achim Recktenwald und Frank Georg fungieren als Schriftführer. Koll. Leo Schuh und Werner Hennemann nehmen das Amt der Kassiers wahr. Im erweiterten Vorstand befinden sich die KG-Vorsitzenden Harald Thomas, Romuald Musseleck, Jürgen Weick und Axel Krämer, der auch die Vertretung der Jungen Gruppe übernimmt. Folgend die Vertreter/-innen der Frauen, Koll. Tina Schaar; der Tarifbeschäftigten, Koll. Rita Boric und Theo Mai; der Senioren, die Koll. Rudolf König, Kurt Fillauer und Fred Beuscher; dem SEK, Koll. Herbert Schmalenberger; der speziellen Organheiten der BPD, Koll. Klaus Sawallisch, und dem Polizeiorchester, Koll. Joachim Lösch.

GdP VOR ORT

AG Ärzte: Warten auf das Landgericht

Seit Ende 2000 ermitteln Kolleginnen und Kollegen der Kripo Mainz in der AG Gesundheitswesen die überhöhten Abrechnungen von Ärztinnen und Ärzten. Viel Aufwand mit ungewissem Ausgang. Seit Juni 2003 liegt die Anklageschrift der Staatsanwaltschaft Mainz vor. Dumm nur, dass das Landgericht keine Zeit für die Terminierung der Hauptverhandlung findet. Dies sei aus Personalgründen derzeit nicht möglich. So schmoren nun die Kriminalisten vor ihren aktuellen Fällen und hätten doch gerne eine vom LG bestätigte oder korrigierte Anweisung, wie die Verfahren effektiv abgearbeitet werden können. 33 Verfahren seien derzeit in Arbeit, über 100 lägen noch „auf Halde“. Die Ermittlungsarbeit ist derart komplex und umfangreich, dass mehr beim besten Willen nicht zu leisten sei, berichtet der Leiter der AG Dieter Zanto. Ähnliches berichteten die Kollegen Winfried Maus und Arno Benz aus der AG Gesundheit der Kripo in Trier. Elf Verfahren sind im Moment in Arbeit. Die Zusammenarbeit mit Staatsanwaltschaft und Landgericht in Trier sei sehr gut. Der Umfang der Ermittlungstätigkeit werde eng abgesprochen, so dass unnötige Arbeit vermieden werde. Die AGs in Mainz und Trier betonen übereinstimmend, dass durch die Ermittlungen viele Patienten verunsichert seien. Man weise immer darauf hin, dass die Frage der Abrechnung überhaupt nichts mit der Arbeitsqualität der Mediziner zu tun habe. Überraschender Befund: Weit mehr als die Hälfte der betroffenen Ärzte sei deutlich überschuldet. Weiten Raum nahmen die Diskussionen über die Ursachen der Betrügereien und deren Prävention ein. Das Abrechnungssystem der Kassenärztlichen Vereinigungen lade geradezu zum Betrug ein, fand GdP-Landesvorsitzender Ernst Scharbach. Während die Politik pauschal bei den Patienten spare, sei man den Missbrauch des Systems nie ernsthaft angegan-

gen. Obwohl alleine der Missbrauch der Versicherungskarten Schäden in Millionenhöhe verursache, trete man dem Vorschlag der Aufnahme eines Fotos oder anderer individueller Merkmale nicht näher. „Obwohl die GdP schon mehrfach die Gegenkontrolle der Abrechnung der Ärzte gegenüber der KV durch die Patienten („Patientenquittung“) forderte, ist auch hier keinerlei echte Bewegung erkennbar,“ so Scharbach. Jetzt werden alle bestraft, statt den Missbrauch des Systems sinnvoll und effektiv zu bekämpfen. Scharbach kündigte Ge-



Die Optimierungsüberlegungen im Land und ihre konkreten Auswirkungen auf die Kripo in Idar-Oberstein standen im Mittelpunkt der Diskussion mit den Kolleginnen und Kollegen bei einem Besuch von Ernst Scharbach, Alfons Meyer und Josef Schumacher. Es bestand Einigkeit, dass die besondere Situation in Idar-Oberstein im Zusammenwirken mit den umliegenden Polizeiinspektionen eine gesonderte Lösung erfordert. Die Arbeitsbelastung der PI Idar-Oberstein wird neben dem eigenen Zuständigkeitsbereich durch die Unterstützungsmaßnahmen für die übrigen PI's eingepreßt – eine Auswirkung der allgemeinen Personalnot!

sprache mit dem Sozialministerium an, um die Vorstellungen der GdP erneut zur Sprache zu bringen.

Kripo Trier: engagierte Ermittlungen

Wie das Schicksal so spielt: Mitten in die Gespräche platzt der Aufruf einer BAO (Besonderer Aufbau Organisation). Der Leiter der Kriminaldirektion Erich Wolff beauftragt Koll. Eckhard Otto mit der Leitung einer Soko in einer aktuellen Vermisstensache. In der Nähe der luxemburgischen Grenze wird ein Torso

gefunden, deren erste Beschreibung zu einer Vermisstensache in Trier passt. Aus den Kommissariaten werden Kollegen abgezogen, die ihre Vorgänge zur Seite legen müssen. Teams werden zusammengestellt, der Fundort wird aufgesucht, Spuren gesichert. Die Wohnung der Vermissten wird zur Sicherung von Vergleichsmaterial aufgesucht, eine DNA-Analyse wird vorbereitet. Verwandte und Bekannte werden befragt. Die Kollegen werfen alle dienstlichen und privaten Termine über den Haufen – es wird ein langer Tag und eine lange Nacht. (Einen

gesprochen gerne mit der Polizei zusammenarbeiten: „Nach anfänglicher Skepsis gegenüber uns klappt das inzwischen mehr als gut. Die sagen: Wenn die Polizei etwas macht, dann isses gemacht!“ Die Auswertung im Zusammenhang mit Internetkriminalität (K2) werde im PP Trier vom SB 24 des Stabes gemacht, was für ihn eine große Arbeitserleichterung darstelle. Er wünsche sich die Zuversetzung einer Kollegin in sein Kommissariat: „Viele Opfer möchten doch lieber mit einer Frau reden.“ Bei K 13 schilderte Koll. Klaus Schmitz die Engpässe bei der Ermittlung gegen die **Organisierte Kriminalität**. „Der hohe Altersschnitt macht die Ermittlungen im Milieu nicht gerade einfacher“, meinte Schmitz. Bei Sonderlagen müsse K 13, wie die anderen auch, als Personalreservoir erhalten: „Strukturermittlungen brauchen einen längeren Atem. Es ist nicht gut, wenn die Sachbearbeiter oft von ihren Tätigkeiten heraus gerissen werden.“ Eine große Belastung sei die Telekommunikationsüberwachung. Die Vielzahl der Anschlüsse und Handy-Nummern mache die Arbeit immer schwieriger. Nach Ansicht von Schmitz ist die Zahl der TKÜ – gemessen an den Personen, die betroffen sind – eher zurückgegangen. Ärgerlich, dass in der Öffentlichkeit immer wieder der Eindruck erweckt wird, die Telefonüberwachungen seien angestiegen. 4000 Überstunden schieben seine KollegInnen vor sich her. Rotationskräfte der Bereitschaftspolizei helfen den Kolleginnen und Kollegen im **Kriminal-Dauerdienst** im PP Trier, berichtete Kommissariatsleiter Dieter Wiegandt. Die Bereitschaft der Kollegen für andere einzuspringen sei notwendige Voraussetzung zur Aufrechterhaltung des Dienstes. Positiv bewerteten die Schichtkollegen von K die Zusammenarbeit mit den Schichtkollegen der Schutzpolizei. „Wir unterstützen uns gegenseitig, so gut es geht!“ **ES**

Minister schließt sich Empfehlung der Einigungsstelle an

Minister Zuber schloss sich der Empfehlung der Einigungsstelle zur „Härtefallregelung“ im Sinne des § 208 LBG an (s. DP 2/04 und 3/04) an. Der Kollege war 24 Jahre und 3 Tage im Wechselschichtdienst und musste aus gravierenden gesundheitlichen Gründen in den Tagesdienst wechseln. Das Finanzministerium stimmte der Versetzung in den Ruhestand mit dem 60. Lebensjahr ebenfalls zu.

Wegen differierender Bewertungsmaßstäbe hatte der HPRP das ISM gebeten, VOR endgültigem Beschluss über die Beurteilungen zur ASA die **Beurteilungsübersichten** anzufordern und zu prüfen. Das angestrebte Ziel der gleichmäßigeren Handhabung bei den unterschiedlichen Präsidien und Einrichtungen scheint weitgehend erreicht worden zu sein. Die geringfügigen Abweichungen erklären sich aus der unterschiedlichen Personalstruktur. Auf Beschluss der Innenministerkonferenz führte das ISM eine Fragebogenaktion zum Thema **Eigensicherung** bei den Teilnehmern der ASA durch. Die KollegInnen wurden um ihre Ein-

schätzungen zum Tragen der Schutzweste, dem Holster, der Fortbildung, der Dienst- und Fachaufsicht und der Einsatz-

eigenen Ergänzungsfragen aufzugreifen.

Die rheinland-pfälzische Polizei wird beim Inspekteur der

gerichteten Projektgruppe „Netzwerk BO“ wird Kollege **Anton Merz** eingesetzt. Ihre Aufgabe ist die schrittweise Einführung des **Digitalfunks** bis 2010.

Zum ersten Mal erteilte der HPRP seine Zustimmung zum freiwilligen Hinausschieben des **Ruhestandsbeginns** eines Polizisten. Dies folgt dem Kompromiss des HPRP mit dem Innenminister: Für jede freiwillige Verlängerung der Lebensarbeitszeit wird im Gegenzug eine weitere Stelle zur Inanspruchnahme der **Altersteilzeit** zur Verfügung gestellt.

Der HPRP stimmte der VV „Einsätze und Übungen der Polizei“ zu. Die Anordnungs-kompetenz soll auf die Behörden und Einrichtungen übertragen werden. **Einsatzverpflegung** kann durch die Präsidien eigenverantwortlich beschafft werden. Der seit 1985 auf 2 DM festgelegte Erfrischungszuschlag soll auf 2 € angehoben werden.

*Dieter Kronauer (Arbeiter),
Annemarie Grindel (Angestellte),
Ernst Scharbach (Beamte)*



nachbereitung befragt. 31 von 44 Teilnehmern gaben an, ihre Weste immer bis meistens anzulegen. 41 von 48 bestätigten, dass sie eigensicherungsrelevante Einsatzsituationen mit ihrem Streifenpartner nachbereiten. Dass eine Nachbereitung durch Vorgesetzte erfolge, meldeten nur 20. Das ISM wird das Thema mit

Bereitschaftspolizeien der Länder in wichtiger Position vertreten sein. Kollege **Björn Neureuter** wird ab 1. April als Länderverbindungsbeamter im Bundesinnenministerium tätig sein. Kollege **Thomas Schmitt** wird ab März als Lehrer zur **Wasserschutzpolizeischule** in Hamburg abgeordnet. Bei der im Land ein-

Dienstunfall

Immer wieder kommt es während des Dienstes zu Unfällen. Bei der Durchsuchung einer Person schneidet man sich in die Hand, beim Dienstsport holt man sich eine Bänderdehnung am Knie, bei der Unfallaufnahme reißt man sich am Lkw den Arm auf. Lauter Bagatellen? Muss man so was melden? Quatsch meinen viele. Doch was passiert Jahre später? Die durchsuchte Person hatte Hepatitis und Jahre später erkrankt der Durchsuchende auch an Hepatitis. Beim Dienstsport fällt man noch zwei-, dreimal auf das angeschla-

gene Knie und holt sich eine Gehbehinderung. Der Lkw hatte Stoffe geladen, welche nach heutiger Sicht unbedenklich sind, aber in zehn Jahren sagt die Wissenschaft, dass dieser Stoff krebserregend ist. Was dann? Die Beweislast, dass die aufgetretene Gesundheitsbeeinträchtigung auf eine dienstliche Maßnahme zurückzuführen ist, liegt beim Geschädigten. Die Ausschlussfristen des Beamtenversorgungsgesetzes von zwei Jahren bei Unfällen, aus denen Unfallversorgungsansprüche entstehen können, oder von zehn Jahren

wenn eine Unfallfürsorge als Folge des Unfalles nicht zu erkennen war, können weitere Schwierigkeiten bereiten. Daher kann eigentlich nur geraten werden, Dienstunfälle dem Dienstvorgesetzten umgehend zu melden und die Umstände festzuhalten. Lieber heute ein wenig mehr an Schreibkram, als Jahre später Versorgungsabschlüsse wegen vorzeitiger Ruhestandsversetzung hinnehmen zu müssen.

HWG

Anzeige

Urlaubsreif?

Günstiger verreisen mit

PSW-Reisen
Rheinland-Pfalz GmbH

0 61 31 – 9 60 09 23

Doch noch befördert! Karl Kauf gewählt

Vielen herzlichen Dank an die Gewerkschaft der Polizei, die mich in meinem Rechtsstreit tatkräftig und erfolgreich unterstützt hat. Wegen mangelhafter und willkürlich erstellter, nicht statusamtsbezogener Beurteilung, die nicht zu einer Beförderung am 18. 5. 2002 in die Besoldungsgruppe A 10 geführt hat, habe ich Widerspruch eingelegt. Nach diesem Widerspruch wurde vom Dienstherrn zwar die Beurteilung geändert, jedoch zeigte diese geänderte Beurteilung noch immer gravierende Mängel auf und war nicht statusamtsbezogen. Es wurde ein Verwaltungsrechtsstreit erforderlich. Beim VG Neustadt wurde meinem Antrag entsprochen. Nach Berufung durch das PP Mainz bekam ich auch beim OVG Rheinland-Pfalz Recht. Meine Beurteilung wurde aufgehoben. Nach diesem „Sieg“ kam nun mein Dienstherr um eine Beförderung nicht mehr

„herum“ und ich wurde, ich denke „wohlverdient“, am 26. 1. 2004 zum POK befördert und in der Wirkung der Beförderung zum Mai 2002 gleichgestellt. Letztendlich bin ich froh, dass ich befördert wurde, jedoch habe ich durch diese „verspätete Beförderung“ eine Unmenge an Geld gegenüber den am 18. 5. 2002 Beförderten verloren, denn ich bekomme Gehalt nach A 10 nur drei Monate rückwirkend. Sei es drum, ich will abschließend nochmals sagen: Suuuper Gewerkschaft der Polizei, suuuper Arbeit, macht weiter so. Dank an Thomas Will, Horst Vinhoven und Clemens Dehos und vor allen Dingen Dank an das Anwaltsbüro Kleber/Eble/Hock, vor allem an Herrn RA Hock, welcher mich hervorragend bei beiden Gerichten vertreten hat. GdP – die tut was!!!!

Walter Gross,
PI Kirchheimbolanden

KG PP WESTPFALZ



Bei der Hauptversammlung der KG PP Westpfalz wurde der bisherige Vorsitzende Karl Kauf bestätigt. Der neue Vorstand: Karl Kauf (Vorsitzender), Ludwig Wiegand und Ruthild Burkei (Stellvertreter), Manfred Jochum (Kassierer), Gustav Hein (Schriftführer). Beisitzer: Klaus Wagner, Erich Schmidt, Robert Gorris, Bärbel Klein, Angelika Hepp, Birgit Tröster, Manfred Müller und Andreas Zinßmeister. Kauf bedankte sich bei den Jubilaren Andreas Lorch, Harald Michel und Barbara Rösler, die für ihre langjährige Treue zur Gewerkschaft für 25-jährige und 40-jährige Mitgliedschaft geehrt wurden. Bild v.l.: Gorris, Müller, Kauf, Wiegand, Burkei, Jochum, Tröster

KG NEUWIED/ALTENKIRCHEN



Seniorenvorsitzender Heinz Blatt, Ernst Scharbach und Bernd Becker ehrten die Kollegen Volker Rötzel, Hans-Georg Hausen und Klaus Schneider für 25-jährige Mitgliedschaft. Ebenfalls 25 Jahre GdP-Mitgliedschaft haben Hans-Werner Häring, Margarete Ziegelmeier, Wolfgang Rein-schmidt, Thomas Held, Jo Solbach und Gerd Kaiser. Rainer Dungen, der wegen hoher ehrenamtlicher Belastung nicht mehr für den Vorstand kandidiert, erfuhr Dank und Anerkennung für sein Engagement seit 1992. Auf 40-jährige Mitgliedschaft in der GdP können Günther Niemann und Pensionär Rudolf Tielmann zurückblicken. Im Bild v. l.: Blatt, Scharbach, Dungen, Rötzel, Hause, Schneider und Becker.

Die KG Neuwied-Altenkirchen wählte einen neuen Vorstand und verabschiedete ein Positionspapier, das den Vorstand beauftragt, insbesondere die umstrittene Regelung der Verlängerung der Lebensarbeitszeit zu bekämpfen. Der neue Vorstand: Vorsitzender Bernd Becker (KI Betzdorf), Vertreter: Michael Buchstaber (PI Neuwied), Karlheinz Unkel (PI Betzdorf); Kassierer: Leo Lück und Heike Bauseler (KI Betzdorf); Schriftführer: Norbert Weckerberndt (PI

Straßenhaus) und Kerstin Leicher (PI Altenkirchen); Vertrauensleuteobmann: Kurt Tiefenau (PI Neuwied); Beisitzer: Georg Gerdom (Linz/Arbeiter), Heike Doll (Neuwied/Junge Gruppe), Bettina Könemann (Linz/ Frauen); Bernd Mockenhaupt (PI Betzdorf), Stefan Kurz (PI Neuwied), Holger Drees (PI Straßenhaus), Gerd Panthel (PI Altenkirchen), Harald Hardt (PI Linz), Bernd Hermes (PW Wissen), Michael Reinhardt (KI Neuwied), Berthold Dunsche (KI Betzdorf).

WIR TRAUERN UM

Willi Hollingshauser, PP/PD Koblenz, 73 Jahre
Achim Jahnel, Ww/Rhein-Lahn, 40 Jahre
Karl Altenkirch, PP/PD Mainz, 84 Jahre
Karl Schmitt, PD Kaiserslautern, 82 Jahre
Walter Zimmermann, PD Neuwied/Altenkirchen, 84 Jahre

Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.